

Abschiebung

Dass die Abschiebezahlen weiterhin steigen sollen, daran lässt die große Koalition in Berlin derzeit keinen Zweifel. Das aber ist gar nicht so einfach. Denn viele Migrant_innen und Geflüchtete legen nach ihrer Ankunft in Europa keinen Pass vor – teils, weil sie nie einen besessen oder ihn verloren haben, teils, weil sie nicht an ihrer eigenen Abschiebung mitwirken wollen. Die europäischen Behörden lassen deshalb nichts unversucht, Passersatzdokumente zu organisieren, auch bekannt als "traveling certificates" bzw. "laissez passer". Verantwortlich hierfür sind die Botschaften oder Regierungsbehörden der mutmaßlichen Herkunftsländer, die gegen stattliche Geldsummen die (angebliche) Herkunft und Identität einer Person bestätigen und auf dieser Grundlage Passersatzpapiere zum Zwecke der Abschiebung ausstellen. Diese Verfahren zur Identitätsfeststellung sind freilich extrem intransparent. Schlimmer noch: Sie können noch nicht einmal vor einem deutschen Gericht angefochten werden, denn juristisch handelt es sich um den Verwaltungsvorgang eines anderen Staats. Was das praktisch heißt, hat sich vom 21. bis 24. November 2016 in Halle gezeigt: 118 Personen aus mehreren Bundesländern hatten die amtliche Aufforderung erhalten, bei einer aus Mali eingeflogenen Identifizierungskommission vorzusprechen. Viele der Betroffenen wussten nicht, worum es geht, andere wurden in Handschellen vorgeführt. Während der kurzen Gespräche sollten die Vorgeladenen Papiere unterschreiben, die sie nicht verstanden. Anderen wurde erzählt, dass es lediglich darum ginge, jene Kriminellen auszufiltern, die mit falschen malischen Pässen Drogen verkaufen und das Ansehen Malis im Ausland beschädigen würden. Zu solchen Irreführungsstrategien passte, dass auch von offizieller Seite keine verbindlichen Auskünfte zu kriegen waren: Die Botschaft meinte, sie wisse von nichts, während malische Regierungsbehörden unter Verweis auf staatliche Interessen jede Information verweigerten. Vor diesem Hintergrund hat Afrique-Europe-Interact sowohl in Mali als auch hierzulande mehrfach demonstriert – samt Radiosendungen in Mali, bei denen Aktivist_innen aus Europa via Telefon zugeschaltet waren. Erfreulich war insofern, dass viele die Warnungen im Vorfeld ernst genommen und die Anhörung boykottiert haben. Gleichwohl sollen von 43 Erschienenen 10 als Mälier_innen identifiziert worden sein.



Gedenkkundgebung von Afrique-Europe-Interact am 19.12.2015 in Kita in Mali für verstorbene Migrant_innen. Die Sprecherin hat ihren Sohn verloren. (Foto: Aboubacar Gackou)

Grenzregime als Fluchtursache

Wie Abschottungspolitik afrikanische Länder destabilisiert

Die Zustimmungsraten zu einer humanitären Asyl- und Migrationspolitik sind in Deutschland dramatisch eingebrochen. Hierzu passt, dass die Bundesregierung in den vergangenen 12 Monaten ihre zahllosen, eng mit der EU abgestimmten Abschottungsmaßnahmen gegen Geflüchtete vergleichsweise geräuschlos durchsetzen konnte. Spürbar ist dies bereits im November 2015 anlässlich des afrikanisch-europäischen Migrationsgipfels in Malts Hauptstadt Valletta geworden. Damals verpflichtete sich Europa, die grotesk niedrige Summe von 1,8 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen, um Fluchtursachen in Afrika zu "bekämpfen". Im Gegenzug sollten sich die afrikanischen Länder bereit erklären, Abschiebungen aus Europa zu akzeptieren und Geflüchtete Richtung Norden bereits frühzeitig auf dem afrikanischen Kontinent abzufangen.

Seitdem vergeht kaum eine Woche, in der nicht Vertreter_innen der EU oder einzelner EU-Staaten irgendwo in Afrika unterwegs sind, um Abkommen bezüglich Abschiebung und Migrationskontrolle einzufädeln – wie etwa Bundeskanzlerin Merkel bei ihrer Stippvisite Anfang Oktober in West- und Ostafrika (→ S. 3). Problematisch ist hieran nicht nur, dass der inhumane Charakter dieser Abkommen in der deutschen bzw. europäischen Öffentlichkeit kaum noch diskutiert, geschweige denn offensiv in Frage gestellt wird. Verkannt wird auch, dass Abschottung die Probleme in vielen Herkunftsländern verschärfen und somit am Ende zu mehr Geflüchteten führen wird, nicht zu weniger. Zu beachten sind in diesem Kontext mindestens fünf Aspekte:

Erstens: Zusätzliche Migrationskontrollen an innerafrikanischen Grenzen, in der Wüste oder auf dem Mittelmeer bedeuten vor allem, dass Migrant_innen und Ge-

flüchtete längere, schwierigere und gefährlichere Reisewege in Kauf nehmen müssen. Konsequenz ist, dass noch mehr Menschen auf dem Weg Richtung Europa brutale Gewalt erfahren oder sogar ums Leben kommen, wobei Vertreter_innen der afrikanischen Zivilgesellschaft immer wieder darauf hinweisen, dass in der Wüste ähnlich viele Menschen sterben wie auf dem Mittelmeer.

Zweitens: Ebenfalls dramatisch, ja zynisch ist, dass im Zuge dieser Abschottungspolitik nicht zuletzt jene Geflüchteten von Europa ferngehalten werden (und genau darum geht es), die eigentlich beste Chancen hätten, einen Schutzstatus zu erhalten. Hierzu gehören unter anderem Menschen aus Eritrea, Somalia, Äthiopien und Sudan – alles Länder, wo die Schutzquoten nicht nur in Deutschland zwischen 52 und 99 Prozent liegen.

Drittens: Abschiebung heißt, dass die Betroffenen aus ihren sozialen und persönlichen Alltagsbezügen herausgerissen werden. Auch dies stellt eine massive Menschenrechtsverletzung dar, zumal Abgeschobene durch ihre Familien und Nachbar_innen oftmals soziale Ächtung erfahren und sich deshalb nicht selten wieder neu in die Migration begeben.

Viertens: Indem an den innerafrikanischen Grenzen immer mehr Kontrollen eingeführt werden, wird die traditionelle, im Rahmen der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) vertraglich abgesicherte Reisefreiheit zwischen den afrikanischen Ländern unterminiert, was mit erheblichen wirtschaftlichen Folgeschäden einhergeht, etwa für Klein- und innerafrikanische

Pendelmigrant_innen (75 Prozent aller afrikanischen Migrant_innen sind innerhalb ihres Kontinents unterwegs – häufig angelehnt an die Rhythmen der Erntezeit).

Fünftens: Migrant_innen und Geflüchtete – die Übergänge zwischen den beiden Gruppen sind fließend – leisten nicht nur durch regelmäßige Geldüberweisungen an ihre Familien einen bedeutsamen Beitrag zur Entwicklung ihrer Gesellschaften, sondern auch durch neu erworbene Kompetenzen. Abschiebungen bzw. Maßnahmen zur Verhinderung von Flucht und Migration ziehen daher ebenfalls eine massive ökonomische und soziale Destabilisierung der betroffenen Länder nach sich.

Vor allem Letzteres sollte näher beleuchtet werden: Bereits seit vielen Jahren weisen internationale Organisationen wie die OECD oder die Weltbank auf den Umstand hin, dass Geldüberweisungen von Migrant_innen ein Vielfaches der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit ausmachen. So haben im Jahr 2012 – um nur ein Beispiel zu nennen – Migrant_innen aus dem Senegal 1,4 Milliarden US-Dollar an ihre Familien geschickt, was 11,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmacht (und diese Summe steigt noch um 20 bis 40 Prozent, wenn die in bar nach Hause gebrachten Gelder miteingerechnet werden). Kurzum: Wenn diese Beträge wegbrechen, ist das nicht nur für die Armutsbekämpfung dramatisch – insbesondere was Ernährung, Gesundheitsversorgung und Schulbildung betrifft, wofür die Rücküberweisungen in aller Regel verwendet werden. Vielmehr sind auch lokale Ökonomien negativ betroffen, schlicht deshalb, weil die lokale Gesamt-

nachfrage sinkt. Was im Zuge der brutalen Abschottungspolitik ebenfalls verloren geht, sind die positiven Effekte, die immer dann greifen, wenn Migrant_innen temporär oder dauerhaft zurückkehren und ihre neu erworbenen Kompetenzen, Qualifikationen und Ideen praktisch anwenden. Schließlich sollte nicht unterschätzt werden, welche traumatisierenden und somit lähmenden Konsequenzen es für Mütter, Väter, Geschwister, Freund_innen oder Nachbar_innen haben kann, wenn nahe stehende Personen während der Migration ums Leben kommen. Hierzu gehören auch finanzielle Folgeprobleme, etwa dadurch, dass Schulden aufgenommen wurden, um die Reise zu finanzieren.

Wer Fluchtursachen wirklich bekämpfen will, muss also Geflüchtete und Migrant_innen unterstützen, nicht Krieg gegen sie führen. Denn Entwicklung und Migration sind keine Gegensätze. Vielmehr sollten Geflüchtete und Migrant_innen als potentielle Stabilitätsanker für ihre Herkunftsländer betrachtet werden. Dafür gilt es, auf internationaler und nationaler Ebene Rahmenbedingungen zu schaffen, die einen sicheren Zugang nach Europa gewährleisten – einschließlich menschenwürdiger Lebens- und Arbeitsbedingungen. Und doch: Bei aller Kritik an der aktuellen Abschottungspolitik der EU sollten zwei Dinge nicht aus dem Blick geraten: Zum einen, dass das Wechselspiel zwischen Migration und Entwicklung äußerst komplex und keineswegs automatisch von Erfolg gekrönt ist (→ S. 2). Zum anderen, dass sich die sozialen und ökonomischen Verhältnisse in Afrika nur dann verbessern können, wenn die reichen Industrieländer endlich von ihrer rücksichtslosen, tief im Kolonialismus verankerten Wirtschafts- und Interessenpolitik ablassen, zu der bis heute leider auch die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit korrupten und autoritären Regimen gehört.

1,4 Milliarden Euro haben Migrant_innen aus dem Senegal 2012 nach Hause geschickt.

Afrique-Europe-Interact arbeitet zu 100 Prozent ehrenamtlich. Der größte Teil unserer Spenden fließt in die Aktivitäten unserer Mitstreiter_innen in Mali, Burkina Faso, Guinea, Togo und Marokko. Unser Spenden-Motto lautet: Umverteilung praktisch angehen! → Seite 4

Bäuerliche Proteste

Fluchtursachen bekämpfen, aber richtig

Spätestens seit dem langen Sommer der Migration gehört es in der öffentlichen Debatte fast zum guten Ton, die "Bekämpfung von Fluchtursachen" offensiv einzufordern. Unübersehbar ist jedoch, dass es sich in aller Regel um bloße Lippenbekenntnisse handelt. Fluchtursachen können nicht durch gezielt aufgesetzte Programme bekämpft werden, schon gar nicht durch einstellige Milliardenbeträge, wie die EU anlässlich des Valletta-Gipfels im November 2015 (→ S. 1 + 3) verkündet hat. Wer Fluchtursachen bekämpfen will, muss sich auf langfristige Prozesse einstellen. Vor allem sollte kein Zweifel daran bestehen, dass ein solches Vorhaben nicht ohne grundlegende Veränderungen auf lokaler, nationaler und globaler Ebene umzusetzen ist.

Afrique-Europe-Interact (AEI) unterstützt deswegen seit 2012 kleinbäuerliche Organisationsprozesse in Mali – insbesondere im Office du Niger, einer Region, in der es regelmäßig zu unterschiedlichen Formen von Landgrabbing kommt. Dabei zeigen erste Erfolge, worin ein wirklicher Beitrag zur lokalen bzw. selbstbestimmten Entwicklung (und somit auch zur Bekämpfung von Fluchtursachen) bestehen könnte.

Sanamadougou und Sahou

Malische Aktivist_innen von AEI haben im Januar 2014 erstmalig Kontakt mit den beiden Dörfern Sanamadougou und Sahou aufgenommen, die in den vergangenen sechs Jahren schrittweise einen Großteil ihrer landwirtschaftlichen Nutzflächen durch Landgrabbing verloren haben. Seitdem haben in Mali und Deutschland zahlreiche Aktionen stattgefunden, unter anderem ist es gelungen, Druck auf die Afrikanische Entwicklungsbank aufzubauen, die dem für den Landraub verantwortlichen Investor Modibo Keita im September 2014 einen Kredit von 16,8 Millionen Euro gewährt hat. Konsequenz war, dass im Mai 2016 ein Erfolg in greifbare Nähe gerückt schien. Denn im Anschluss an eine symbolische Feldbesetzung hat Modibo Keita seine Bereitschaft signalisiert, günstig gelegene Ausgleichsflächen zur Verfügung zu stellen. Einziger Haken: Die Dorfbewohner_innen haben in den von AEI moderierten Verhandlungen eine solche Kompensation strikt abgelehnt. Und zwar nicht nur, weil sie neue Täuschungsmanöver befürchten. Vielmehr bestehen sie im Rahmen des sozial und kulturell tief verankerten kollektiven Nutzungsrechts an Boden auf eine vollständige Rückgabe ihres Landes. Die Entscheidung kam für alle übrigen unerwartet, auch bäuerliche Aktivist_innen aus anderen Dörfern reagierten perplex. Zugleich ist klar, dass es sich im Lichte des weltweiten Privatisierungskarusells um ein extrem starkes Signal handelt, weshalb wir die Bemühungen der beiden Dörfer

zur Rückerlangung ihres Landes weiterhin unterstützen möchten. Hinzu kommt, dass der Vorstand der Afrikanischen Entwicklungsbank im November 2016 beschlossen hat (als Reaktion auf unsere transnationale Druckkampagne), den Fall erneut umfassend prüfen zu lassen – nachdem im Juni 2016 bereits eine 5-tägige Vorprüfung durch eine international zusammengesetzte Untersuchungskommission der Bank erfolgt ist.

Siengo Extension

Im Auftrag der Bundesregierung hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) 2013 und 2014 in dem Dorfverbund Siengo Extension 1.440 Hektar bewässerbares Ackerland zur Verfügung gestellt. Doch ein größerer Teil der Flächen wurde von den verantwortlichen Mitarbeiter_innen des Office du Niger nicht an die hierfür vorgesehenen Familien verteilt, sondern an vermögende Dritte weiterverkauft. AEI hat daher im Februar 2016 eine Pressekonferenz in Siengo Extension durchgeführt, die in Mali extrem hohe Wellen geschlagen hat – einschließlich einer prompten Einladung beim damaligen Präsidenten des Office du Niger. Ergänzend hat unser Netzwerk dem deutschen Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im März 2016 einen ausführlichen Bericht zugestellt. Passiert ist jedoch wenig. Das Office du Niger hat noch nicht einmal die überbeurten Wasserrechnungen zurückgezogen, die das Ergebnis davon sind, dass so getan wird, als ob die Bauern und Bäuerinnen das ihnen zustehende Land tatsächlich erhalten hätten. Immerhin: Das BMZ hat entschieden, den Fall eigens untersuchen zu lassen, wobei Afrique-Europe-Interact eingeladen ist, an der Erstellung der Fragen mitzuwirken.

Basisgewerkschaft COPON

Die aus AEI hervorgegangene Basisgewerkschaft COPON ist inzwischen mit mehreren hundert Mitgliedern in sechs von sieben Zonen des Office du Niger vertreten. Ziel ist in erster Linie der Aufbau einer eigenständigen bäuerlichen Organisation, insbesondere, weil die großen Gewerkschaften auf korrupte Weise mit der Verwaltung des Office du Niger verbandelt sind. Anfang 2017 ist ein großer Marsch geplant, auf dem der neue Präsident des Office du Niger öffentlichkeitswirksam mit zentralen Forderungen konfrontiert werden soll, insbesondere zu Land- und Bewässerungsfragen. Aus Sicht der COPON haben die Aktivitäten von AEI bereits zu ersten positiven Ergebnissen geführt: Zum einen wirkten sie präventiv gegen Landgrabbing (weil die Behörden vorsichtiger geworden seien), zum anderen würden die Wasserrechnungen inzwischen mit längerer Zahlungsfrist zugestellt, so dass es kaum noch zu Landbeschlagnahmen wegen nicht gezahlter Gebühren käme.

Gegen Korruption und Kumpanei: Bäuerliche Basisgewerkschaften stärken, Landgrabbing verhindern!



Kourounikoto (Mali): Ehefrau eines verstorbenen Migranten [Foto: Dorette Führer]



Balandougou (Mali): Bruder eines verstorbenen Migranten. Versammlung mit Afrique-Europe-Interact, 2016 [Foto: Dorette Führer]

Keine einfachen Antworten

Stichworte zum Verhältnis von Migration und Entwicklung

Ob Migrant_innen der Entwicklung ihrer Länder nutzen oder schaden, ist schon lange Gegenstand kontroverser Debatten – nicht nur in Europa, sondern auch innerhalb der afrikanischen Zivilgesellschaft. Dennoch hat die Frage seit vergangem Jahr erheblich an Brisanz gewonnen. Migrationspolitik setzt die EU mehr denn je auf Abschottung, negative Auswirkungen auf die Herkunftsländer von Migrant_innen werden weitgehend ausgeblendet (→ Seite 1). Gleichzeitig geht Europa davon aus, so genannte Fluchtursachen gezielt bekämpfen und somit junge Menschen von der Migration abhalten zu können.

Beides scheint freilich einigermaßen weltfremd: Zum einen haben die vergangenen zwei Jahrzehnte hinlänglich gezeigt, dass sich potentielle Migrant_innen nicht so sehr an abschreckenden Beispielen orientieren, sondern an Erfolgsgeschichten, sprich: an jenen Migrant_innen, die es bereits geschafft haben. Der immer wieder propagierte Slogan "Europa oder der Tod" ist ein bereitetes Zeugnis dieser Haltung. Zum anderen ist aus zahlreichen Ländern bekannt, dass gesellschaftlicher Fortschritt Migrationsbewegungen in einem ersten Schritt anwachsen, nicht zurückgehen lässt. In der Forschung ist deshalb von einem so genannten "Migrationsbuckel" die Rede: Erst wenn ein jährliches Bruttonationaleinkommen von rund 4.000 Euro pro Kopf erreicht ist (wovon die meisten afrikanischen Länder nur träumen können) nimmt die generelle Bereitschaft zur Migration wieder ab. Migration aus dem Süden dürfte also auf absehbare Zeit ein zentraler Faktor bleiben, ihr Verhältnis zu Entwicklungsfragen ist deshalb für alle Beteiligten von hoher Bedeutung.

Gemischte Gesamtbilanz

Aus migrantischer Perspektive liegen die Vorteile klar auf der Hand: Mit den Geldüberweisungen können Familien direkt unterstützt werden. Zudem finanzieren Diaspora-Vereine immer wieder lokale Infrastrukturprojekte wie den Bau von Schulen oder Brunnen. Es dürfte insofern auch nicht überraschen, dass afrikanische Regierungen Migrationsabkommen mit der EU allenfalls unter mehr oder weniger erpresserischem Druck zustimmen – oder im Austausch gegen Geld, punktuelle Visierleichterungen oder andere Gefälligkeiten (→ S. 3). Nicht minder wichtig ist aus staatlicher Sicht, dass durch Geldüberweisungen Devisen reingespült und regionale Wirtschaftskreisläufe stimuliert werden.

Es gibt aber auch kritische Stimmen – hier wie dort. Danach würden die Rücküberweisungen für zahlreiche afrikanische Regierungen lediglich eine günstige Gelegenheit darstellen, sich ihrer elementaren Verantwortlichkeiten zu entledigen. Denn de facto würden so jene Lücken in den öffentlichen Haushalten kompensiert werden, die durch Korruption, Misswirtschaft und neoliberale IWF-Strukturanpassungsprogramme entstanden sind. Weitere Kritikpunkte sind, dass Geldüberweisungen die Inflation anheizen würden, zudem komme es im Zuge von Abwanderung immer wieder zu Arbeitskräftemangel – ob im medizinischen Bereich (Stichwort "brain drain") oder auf dem Land. Am fragwürdigsten sei allerdings die fehlende Nachhaltigkeit der Geldüberweisungen. Anstatt sich dauerhaft von externer Unterstützung abhängig zu machen, gelte es vielmehr, sich vor Ort für grundlegende Veränderungen einzusetzen – im Übrigen auch angesichts des großen Leids vieler Migrant_innen und ihrer Familien.

Migrant_innen in Diaspora stärken

Und doch sollte ein grundlegender Unterschied zur europäischen Mainstream-Debatte nicht verkannt werden: Wie immer Migration auf afrikanischer Seite kritisiert wird, es wäre völlig undenkbar, dass dies mit einer Relativierung des fundamentalen Rechts auf Bewegungsfreiheit einhergehen würde. Die hier skizzierten Einwände sprechen also keineswegs gegen Migration an sich. Sie unterstreichen lediglich den ebenso simplen wie grundlegenden Sachverhalt, dass Migrant_innen umso nachhaltiger zur Entwicklung beitragen können, je besser die Rahmenbedingungen sowohl in den Herkunftsländern als auch in den Zielländern sind. Auf europäischer Seite stehen vor allem vier Aspekte zur Debatte: *Erstens* sollten möglichst rasch reguläre Zugänge für Migrant_innen und Geflüchtete nach Europa geschaffen werden – einschließlich gesicherter Aufenthaltsperspektiven. *Zweitens* ist es dringlich erforderlich, ein neues und kostengünstiges Überweisungssystem aufzubauen. Denn nur die wenigsten Haushalte in Afrika haben ein eigenes Konto, so dass Rücküberweisungen vor allem über Privatbanken wie Western Union oder Moneygram zu exorbitant hohen Gebühren abgewickelt werden müssen. *Drittens* sollte die europäische Politik Konzepte entwickeln, wie sie Existenzgründungen von freiwilligen Rückkehrer_innen besser unterstützen könnte. Die bislang hierfür zur Verfügung gestellten Mittel reichen meist nicht aus. Noch problematischer ist, dass sich Rückkehrer_innen von der Idee eines

Lebens in Europa verabschieden müssen: Die einen, weil sie ihren Aufenthaltsstatus nach längerer Abwesenheit im Ausland automatisch verlieren (mit Ausnahme von Sondergenehmigungen). Die anderen, weil sie mit ihrer staatlich subventionierten Existenzgründung ohnehin nur ihrer Abschiebung als Papierlose zuvorkommen wollen. Das aber heißt, dass unter solchen Bedingungen kaum jemand bereit ist, freiwillig nach Afrika zurückzukehren. Denn Existenzgründungen können scheitern, in Afrika wahrscheinlich noch öfter als hierzulande. Und da erscheint vielen eine Rückkehr ohne Rückkehroption schlicht zu riskant – und das mit der Konsequenz, dass Migrant_innen nicht ihre in Europa erworbenen Kompetenzen für ihre Herkunftsländer fruchtbar machen können. *Viertens* sollte Europa alles dafür tun, die derzeitigen Abhängigkeits- und Dominanzverhältnisse zwischen Nord und Süd abzubauen und somit eine eigenständige Entwicklung der afrikanischen Länder überhaupt erst zu ermöglichen.

Zirkuläre Migration

Spätestens an dieser Stelle ist auch zu berücksichtigen, dass Migration im (west-)afrikanischen Kontext überwiegend zirkulär verläuft, das heißt die Leute gehen (oft im Rhythmus der Erntezyklen), um wiederzukommen. Es muss daher als einer der paradoxesten Effekte europäischer Abschottungspolitik betrachtet werden, dass sie afrikanische Migrant_innen zwingt, in Europa auszuharren, anstatt realistische Möglichkeiten zu eröffnen, nach Afrika zurückzukehren. Denn hätten sie Papiere und halbwegs stabile Erwerbsmöglichkeiten (so stabil, wie das auf umkämpften Arbeitsmärkten halt möglich ist), gäbe es ein ständiges Kommen und Gehen – so wie das bereits in den 1960er und 1970er Jahren zwischen Frankreich und zahlreichen west- und nordafrikanischen Ländern der Fall gewesen ist. Auf diesen in der europäischen Debatte viel zu häufig vernachlässigten Sachverhalt hat unter anderem Alassane Dicko von der malischen Sektion von Afrique-Europe-Interact immer wieder hingewiesen, zuletzt in einem Anfang 2016 veröffentlichten Interview: "Die zirkuläre Migration ist kein Konzept aus einer, sagen wir, westlichen Sprache. Sie ist auch mehr als ein Konzept, sie ist ein Paradigma, unser Paradigma – unser Beitrag zur Weiterentwicklung der Menschheit. Es ist ein menschliches Prinzip, die Energien zirkulieren zu lassen. Es geht um Migration, um Bewegung, um Geben und Nehmen. Das sollte Europa fördern, nicht blockieren."

Im Auftrag der EU

Marokko als Pufferstaat gegen Migration

Emmanuel Mbolela musste 2002 den Kongo als Flüchtling verlassen. Vier Jahre steckte er in Marokko fest, bevor er 2008 in die Niederlande ausreisen konnte. Emmanuel ist bei Afrique-Europe-Interact aktiv und kennt die Situation in Marokko genau. 2014 ist sein Buch "Mein Weg vom Kongo nach Europa. Zwischen Widerstand, Flucht und Exil" erschienen. In unserem Interview schildert er die desaströsen Auswirkungen des EU-Grenzregimes auf Migrant_innen in Marokko.

Wie sieht die alltägliche Situation von Migrant_innen in Marokko aus?

Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist wegen der hohen Arbeitslosigkeit de facto versperrt. Außerdem finden laufend Verhaftungen und Rückschiebungen aus den nördlichen Grenzstädten Nador und Tanger statt – teils in Großstädte wie Casablanca oder Fès, teils nach Oujda im Grenzgebiet zwischen Marokko und Algerien. Auch in Krankenhäusern werden Migrant_innen meist nur dann behandelt, wenn sie von einem Mitarbeiter oder einer Mitarbeiterin einer NGO oder einer antirassistischen Gruppe begleitet werden. Ebenfalls schwierig ist der Zugang zur Schulausbildung für Kinder von Migrant_innen. Die Behörden erlauben zwar den Besuch marokkanischer Schulen, doch es gibt keinerlei Unterstützungs- oder Begleitmassnahmen. Zudem passiert es immer wieder, dass Flüchtlingskinder schlicht und einfach abgewiesen werden. Und noch ein Beispiel: Subsaharische Migrant_innen, die auf der Strasse betteln, werden oftmals festgenommen, eingesperrt und ebenfalls an die algerische Grenze abgeschoben – eine Praxis, von der syrische Flüchtlinge oder marokkanische Staatsbürger_innen, die betteln, nicht betroffen sind.

Wie entwickelt sich die Situation an den Grenzen, unter anderem an den Zäunen bei den spanischen Enklaven Ceuta und Melilla im Norden Marokkos?

Zur Zeit dreht sich alles um Sicherheit. Es ist kaum noch möglich, zu den Grenzzäunen zu gelangen, die Spanien von Marokko trennen. Dazu kommen die täglichen Polizeirazzien in diesem Gebiet. Was das Grenzgebiet zwischen Marokko und Algerien betrifft, so wurde dort ein sieben Meter tiefer und vier Meter breiter Graben gezogen. Er soll Migrant_innen davon abhalten, von Algerien nach Marokko weiterzureisen. Bei den schon erwähnten Rückschiebungen kommt es immer wieder vor, dass Migrant_innen ins Grenzgebiet verfrachtet und dort in den Graben

gestoßen werden, auch Frauen und Kinder. **Es gibt auch massive Gewalt gegen Migrant_innen. Wie erklärst du das?**

Die Übergriffe haben ein alarmierendes Ausmaß angenommen. So ist erst kürzlich die zweijährige Tochter einer kongolesischen Migrantin in Rabat im Stadtteil Tamsina von einer Marokkanerin ermordet worden. Die Gewaltakte, die ich hier anspreche, gehen auch auf das Konto der EU und der von ihr betriebenen Externalisierung der Grenzpolitik. Zu den großen Mengen an Geld, die die EU an Marokko bezahlt, kommt ein erheblicher politischer Druck, der darauf abzielt, das Land für die Grenzsicherung einzuspannen. Die Polizeigewalt ist eine Konsequenz dieser Politik. Die Bevölkerung nimmt diesen Impuls ebenfalls auf und imitiert diese Gewalt, sie sieht sich darin bestätigt, dass Migrant_innen in dieser Gesellschaft keinen Schutz genießen.

Wenn du die heutige Situation mit deiner Situation 2004 bis 2008 in Marokko vergleichst, hat sich die Lage verschlimmert oder ist sie gleich geblieben?

Die elementaren Rechte der Migrant_innen wurden schon immer schon mit Füßen getreten. Im Oktober 2005 wurden vor den Grenzzäunen von Ceuta und Melilla 12 Migranten von der spanischen Guardia Civil sowie der marokkanischen Polizei ermordet. Und dennoch wurde in all den Resolutionen, die beim afrikanisch-europäischen Regierungsgipfel 2006 in Rabat unterzeichnet wurden, stets nur der Sicherheitsaspekt hervorgehoben und nicht die Fragen der Entwicklung und Stabilität in den Herkunftsländern. Nun, zehn Jahre nach dem Rabat-Prozess, kommt die EU mit dem Valletta-Prozess um die Ecke und macht wieder das Gleiche.

Du sagst, dass es an den Zäunen kaum noch ein Durchkommen gäbe, dennoch kommen immer neue Migrant_innen in Marokko an. Warum?

Das hat mit Libyen zu tun, wo es viele Migrant_innen aus Subsahara-Afrika gegeben hat, die in diesem Land arbeiteten, Geld verdienten und normal lebten. Aber dieses Land wurde von Europa zerstört und heute gibt es in Libyen keinen Staat mehr. Diese Instabilität zwang Migrant_innen, das Land zu verlassen, gleichzeitig ist Marokko zu einer Ausweichoption geworden.

Was müsste passieren?

Der globale Kapitalismus hat die Länder des Südens zerstört und verwüstet heute den ganzen Planeten. Ich möchte daher die EU auffordern, den Mut aufzubringen und die wahren Probleme anzugehen, die die heutigen Migrationsbewegungen überhaupt erst auslösen.



Protest von Afrique-Europe-Interact vor afrikanischen Botschaften am 11.11.2016 in Berlin. [Foto: Tom Ben Guisard]

Mit Zuckerbrot und Peitsche

Valletta-Prozess zwingt Afrika zu repressiver Grenzpolitik

Wie so oft hat den Anfang ein kurzes Handyvideo auf Facebook gemacht. Zu sehen ist ein Mann, der sichtlich erschöpft auf einem Flugzeugsitz kauert. Polizisten in Zivil bedrängen ihn, Passagiere fordern lautstark "Keine Gewalt". Der Mann – sein Name ist Amadou Ba – sollte am 27. Oktober 2016 von Deutschland nach Mali abgeschoben werden. Doch die Abschiebung scheiterte, ein zweites Video zeigt, wie Amadou Ba auf dem Rollfeld in Paris abgeführt wird, auch in dieser Szene rufen Passagiere empört, dass sich Gewalt in Frankreich verbiete. Seitdem sitzt Amadou Ba in Frankfurt am Main im Gefängnis. Ein zweiter Abschiebetermin ist für den 17. Februar 2017 anberaumt, vorher soll er noch wegen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte vor Gericht gestellt werden.

Aktivist_innen von Afrique-Europe-Interact haben kurz darauf Kontakt mit der Familie von Amadou Ba aufgenommen, über die auch die beiden (auf der Webseite von Afrique-Europe-Interact dokumentierten) Filme ins Netz gelangt sind. Sie erfuhren, dass er bereits seit 13 Jahren in Sachsen-Anhalt gelebt hat. Zuletzt war er mit festem Arbeitsvertrag bei einer Hühnchenschlachtere in Merseburg angestellt. Während der geplatzten Abschiebung hat Amadou Ba zahlreiche Verletzungen an Rippen, Armen und Knien erlitten, auch als er bereits gefesselt mit Handschellen auf der Polizeistation im Pariser Flughafengebäude saß. Ein von seinem Anwalt in Deutschland gefordertes Gutachten zu den Verletzungen wurde hingegen nicht erstellt. Amadou Ba leidet zudem an starken Rückenschmerzen und Diabetes.

Steigende Abschiebezahlen

Derartige Vorgänge sind leider keine Seltenheit. Allein in der ersten Jahreshälfte 2016 wurden 13.743 Menschen aus Deutschland abgeschoben – Bundeskanzlerin Merkel hat dies als eine notwendige "nationale Kraftanstrengung" bezeichnet. Hinzu kommen 30.553 "freiwillige Ausreisen" zwischen Januar und Juni 2016, wobei es der Masse der Rückkehrer_innen in erster Linie darum geht, einer zwangsweisen Abschiebung zuvorzukommen. Und doch ist der Fall von Amadou Ba insofern außergewöhnlich, als er eine unmittelbare Konsequenz des Valletta-Gipfels im November 2015 sein dürfte (→ S. 1). Damals sind in Malta Hauptstadt 35 afrikanische und 28 europäische Staats- und Regierungschefs zusammengekommen, um über Maßnahmen gegen die so genannte irreguläre Migration zu beraten. Entsprechend hat sich Valletta als Startschuss für zahlreiche afri-

kanisch-europäische Abkommen zum Ausbau des EU-Grenz- und Abschieberegimes entpuppt. Um das zu flankieren, hat die europäische Kommission außerdem im Juni 2016 bekanntgegeben, dass zukünftig mit einem »Mix aus positiven und negativen Anreizen« vorgegangen werden solle, um »die Anstrengungen der Länder zu honorieren, die bereit sind, bei der Migrationskontrolle wirksam mit der EU zusammenzuarbeiten, und um Konsequenzen für jene sicherzustellen, die dies verweigern.« Was das konkret bedeutet, ist bislang vor allem am Beispiel Ostafrikas skandalisiert worden: So ist durch Recherchen von Monitor, Report Mainz und taz bekannt geworden, dass die staatliche Entwicklungshilfeagentur GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) im Auftrag der EU ein 40 Millionen Euro-Projekt zum Ausbau des Grenzregimes unter anderem im Sudan koordiniert. Und das, obwohl der sudanese Präsident al-Baschir seit 2010 wegen Völkermord vom Internationalen Strafgerichtshof per Haftbefehl gesucht wird. Hintergrund ist, dass der Sudan Durchgangsland für Geflüchtete aus Eritrea, Somalia und Äthiopien ist. Dies will die EU zukünftig verhindern, offenkundig auch unter Inkaufnahme schwerster Menschenrechtsverletzungen. So wurden im Frühsommer im Sudan mindestens 1.300 eritreische Geflüchtete festgenommen und abgeschoben, obwohl diese in Eritrea mit drakonischen Strafen bis hin zur Todesstrafe rechnen müssen.

Reisende unter Generalverdacht

Doch auch andere Länder stehen im Fokus der Valletta-Agenda, nicht zuletzt Mauretanien, Niger und Mali. Durch alle drei Sahelländer laufen zentrale Transitrouten Richtung Europa, Mali ist zudem ein wichtiges Herkunftsland. Am rücksichtslosesten scheinen die Sicherheitskräfte derzeit in Mauretanien und im Niger vorzugehen – nicht nur gegen Schlepper, sondern auch gegen Migrant_innen, was Amadou Mbow von der mauretanischen Vereinigung für Menschenrechte direkt auf den Valletta-Prozess zurückführt. Und das wiederum hat auch Auswirkungen auf Mali, wie Aktivist_innen von Afrique-Europe-Interact jüngst bei einer Rechercheinvestigation feststellen mussten: An diversen Grenzübergängen Richtung Norden stehen mittlerweile moderne Datenverarbeitungssysteme, aufgestellt von der IOM (International Organisation of Migration), finanziert unter anderem von Japan. Hinzu kommt die von der EU in diversen Ländern Westafrikas auf den Weg gebrachte Einführung biometrischer und

fälschungssicherer Ausweise. Unmittelbare Konsequenz: Die traditionelle Bewegungsfreiheit in Westafrika steht unter Druck, die Grenzüberquerung wird immer aufwändiger, zumal sich viele Menschen überhaupt keine Ausweispapiere leisten können. Ähnlich im Norden Malis: Auf Geheiß des nigrischen Innenministeriums werden Personen aus westafrikanischen Ländern wie Guinea, Sierra Leone oder Gambia immer öfter am nigrisch-malischen Grenzübergang Yassan trotz korrekter Papiere an der Weiterreise in den Niger gehindert. Leute aus Mali müssen regelmäßig Kontaktpersonen in der nigrischen Hauptstadt Niamey benennen (die dann von den Grenzbeamten angerufen werden), um überhaupt in den Niger einreisen zu dürfen. Noch dramatischer ist die Situation in der Stadt Gao im Norden Malis. Denn hier werden westafrikanische Migrant_innen regelmäßig wegen »nächtlicher Herumtreiberei« verhaftet und zu sechsmonatigen Gefängnisstrafen verurteilt. Betroffen sind vor allem Personen, die nachts in Gao ankommen, nicht selten, nachdem sie aus der algerischen Wüste abgeschoben wurden. Frappierend ist zudem, dass die Festnahmen in aller Regel durch Angehörige der UN-Friedenstruppen (MINUSMA) erfolgen, zu denen auch deutsche Soldat_innen gehören.

Passersatzpapiere für Migrant_innen

Viele der hier skizzierten Entwicklungen sind vollkommen neu. Dies zeigt, wie groß, ja erpresserisch der Druck aus Europa mittlerweile geworden sein muss. Denn bis vor kurzem hat Mali erklärtermaßen zu jenen Ländern in Westafrika gehört, die nicht bereit waren, umstandslos die Interessen malischer Migrant_innen den repressiven EU-Vorgaben unterzuordnen. Umso empörter haben nicht nur malische Migrant_innen in Deutschland, sondern auch zivilgesellschaftliche Akteure in Mali auf den Umstand reagiert, dass die malische Regierung in jüngerer Zeit begonnen hat, Passersatzpapiere für ihre (mutmaßlichen) Bürger_innen auszustellen und somit Abschiebungen wie die von Amadou Ba möglich zu machen (→ S. 1). Auch Afrique-Europe-Interact lehnt derartige Kooperationen aus menschenrechtlichen und entwicklungspolitischen Gründen ab (→ S. 2). Das ist der Grund, weshalb Aktivist_innen unseres Netzwerks seit Juni mehrfach sowohl in Mali als auch in Deutschland gegen den Valletta-Prozess auf die Straße gegangen sind – zuletzt am 11. November in Berlin, als wir vor den Botschaften von Niger, Mali und Marokko sowie vor der GIZ demonstriert haben.

Gegen die Kollaboration afrikanischer Regierungen mit dem EU-Grenzregime. Transnationale Proteste organisieren!

Was heißt überhaupt Entwicklung?

Anlässlich des Internationalen Tags der Migrant_innen hat Afrique-Europe-Interact am 19.12.2015 in der Stadt Kita im Westen Malis eine Gedenkveranstaltung für jene malischen Migrant_innen durchgeführt, die im vergangenen Jahr auf dem Weg nach Europa ums Leben gekommen sind (vgl. Bild S. 1). Viele der betroffenen Familien zeigten sich von der Zeremonie (bei der auch die politisch Verantwortlichen in Europa und Afrika kritisiert wurden) ausgesprochen berührt. Entsprechend ist im Februar 2016 eine aus malischen und europäischen Aktivist_innen zusammengesetzte Delegation von Afrique-Europe-Interact in der Region Kita unterwegs gewesen, unter anderem in dem Dorf Balandougou, wo bei einer großen Versammlung in der örtlichen Schule zahlreiche Menschen ausführlich über tödlich verunglückte Familienmitglieder berichtet und dies zugleich mit zum Teil

äußerst beklemmenden Schilderungen der sozialen Situation der hinterbliebenen Familien verknüpft haben (vgl. die Bilder auf S. 2). Letzteres war auch deshalb wichtig, weil es ein Licht darauf geworfen hat, welche Entwicklungsimpulse sich von der Migration einzelner Familienmitglieder versprochen werden. Denn Entwicklung hat in jenen von extremer Armut betroffenen Dörfern nichts mit steigendem Bruttonationaleinkommen zu tun – also damit, was normalerweise unter dem westlichen bzw. kapitalistischen Modernisierungspfad verstanden wird. Vielmehr geht es hier um Zugang zu Gesundheitsversorgung, zu Bildung, zur Nahrungsmittelproduktion (Stichwort: Ernährungssouveränität), um befestigte Wege oder um die Versorgung behinderter Menschen. Dies sollte jede Debatte um Migration und Entwicklung stets im Blick behalten.

»Nicht ernst genommen werden«

Die NoStress-Tour als Empowerment-Projekt von Geflüchteten

Stress ist für viele Geflüchtete eine Art Grundzustand. Vor diesem Hintergrund hat eine Gruppe Geflüchteter in Berlin und Brandenburg – darunter mehrere Aktivist_innen von Afrique-Europe-Interact – zwischen Juni und September 2016 in vier Flüchtlingslagern in Berlin und Bielefeld die NoStress-Tour durchgeführt. Ziel war es, mit niedrigschwelligen Angeboten wie Sport, Musik und Kinderprogramm die Lagerbewohner_innen aus ihrem Stress zu holen, dies jedoch in einem zweiten Schritt mit einer ausdrücklichen Empowerment-Perspektive zu verbinden. Zudem sollten mittels der NoStress-Tour Kontakte zu Nachbar_innen und Willkommensinitiativen aufgebaut werden. In dem Interview berichten Geraud Potago und Darik Youkeu über ihre Erfahrungen in dem Projekt, beide sind Geflüchtete aus Kamerun.

Wenn ihr eine erste Bilanz zieht, wie ist die NoStress-Tour gelaufen?

Insgesamt war die NoStress-Tour ein voller Erfolg. In allen vier Heimen haben sich viele Bewohner_innen beteiligt, hauptsächlich aus den Ländern des Balkans und des Vorderen Orients, nicht ganz so viele afrikanische Leute. Am zahlreichsten waren die Kinder vertreten, die hatten sehr viel Spaß. Wir konnten das Lachen zu vielen dieser Menschen zurückbringen, die dort mehr oder weniger weggesperrt werden, jedenfalls wenn man bedenkt, dass in vielen Lagern am Eingang kontrolliert wird, wer rein und raus geht. Wir hatten Momente der Verständigung, der Freude und der Begegnung. Das wichtigste war für uns aber die Sensibilisierung: Werden die Menschenrechte in den Lagern respektiert? Wir haben uns mit den Bewohner_innen über diese Frage ausgetauscht, der Schwerpunkt lag dabei darauf, sie darüber zu informieren, wie sie sich für ihre eigenen Rechte einsetzen können.

Konntet ihr die Leute stärken?

Viele haben jeden Tag Angst, dass die Ausländerbehörde kommen und sie abschieben könnte. Dieses Trauma ist so mächtig in ihrem Leben, dass sie sogar ihre Rechte vergessen. Insofern hat die Tour in der Tat eine Atmosphäre des Lachens und der Freude geschaffen. Sie hat die Geflüchteten bestärkt, die Türen zu öffnen und ihre Zimmer zu verlassen, um sich gegen den Stress und seine Ursachen zu wehren, und natürlich auch, um ihre europäischen Nachbar_innen kennenzulernen. Dabei ist es sehr wichtig, nicht nur zu sehen, dass die Leute – um es symbolisch zu formulieren – getanzt haben, sondern auch zu verstehen, dass eine solche Freude Voraussetzung dafür ist, sich nicht als Opfer zu

fühlen. Denn wer sich als Opfer fühlt, kann nicht mit anderen friedlich und ausgeglichen zusammenleben, ganz gleich, ob es sich um die Nachbar_innen handelt oder das Land, in dem man lebt. Es ist also nötig, sich von diesem Gefühl des Opfer-Seins zu befreien und zu zeigen, dass man das Leben von seiner guten Seite nehmen kann. Deswegen sollten die Leute tanzen und das Leben jeden Tag genießen.

Lasst uns ein bisschen über die Organisation der NoStress-Tour reden. Wer hat das Ganze organisiert?

Das Team der NoStress-Tour bestand aus 20 Personen, überwiegend Geflüchtete aus afrikanischen Ländern, aber auch fünf europäische Aktivist_innen, die verbindlich mitgearbeitet haben. Am Anfang haben wir uns mit sehr großem Aufwand um die Mobilisierung gekümmert. Wir haben offene Treffen organisiert, wobei wir uns insbesondere an selbstorganisierte Geflüchteten-Gruppen gewendet haben. Wir waren auch bei der Welcome to Stay-Konferenz in Leipzig, um das Projekt vorzustellen. Aber leider blieb die Resonanz insgesamt eher schwach.

Sich vom Gefühl des Opfer-Seins befreien

Wir haben offene Treffen organisiert, wobei wir uns insbesondere an selbstorganisierte Geflüchteten-Gruppen gewendet haben. Wir waren auch bei der Welcome to Stay-Konferenz in Leipzig, um das Projekt vorzustellen. Aber leider blieb die Resonanz insgesamt eher schwach. Erst nachdem die ersten beiden Tour-Stationen stattgefunden hatten, wurde das Echo stärker. Von zwei Heimen haben sich sogar die Verantwortlichen gemeldet und gefragt, ob wir mit ihnen im nächsten Jahr etwas gemeinsam machen wollen.

Womit hat Eures Erachtens die schwache Resonanz insbesondere der Willkommensinitiativen zu tun?

Es gibt ein Problem mit der Solidarität. Denn wir haben den Eindruck gewonnen, dass alles, was die Geflüchteten selber organisieren, tendenziell ignoriert wird. Wenn aber umgekehrt eine der Willkommensgruppen aktiv wird, sind viele Geflüchtete mit von der Partie. Wir wollen wirklich nicht polemisch sein, aber uns scheint, dass selbstorganisierte Geflüchteten-Aktivist_innen oft nicht ernst genommen werden.

Welche Erfahrungen habt ihr mit den Leitungen der Unterkünfte gemacht?

Insgesamt haben wir ungefähr 20 Heime kontaktiert. Zuerst haben die Verantwortlichen spontan zugestimmt, aber als sie bei unseren Besuchen erfuhren, dass wir mit den Bewohner_innen Workshops zu deren Rechten machen wollen, haben sie wieder abgewunken. Wenn überhaupt, wurde uns angeboten, ein Kulturprogramm für Kinder zu organisieren, was natürlich eine sehr frustrierende Erfahrung war. Dort aber, wo unser

Projekt akzeptiert wurde, gab es eine gute Zusammenarbeit. Genauso schwierig war der Annäherungsprozess mit den Geflüchteten in den Heimen. Nicht nur wegen der verschiedenen Sprachen, es gab auch großes Misstrauen, insbesondere bei den Geflüchteten aus dem Balkan, die ja derzeit ganz besonders im Fokus der Ausländerbehörden stehen. Außerdem mussten wir erfahren, dass es verschiedenen Leuten nicht leicht fiel, sich auf Afrikaner_innen als Ansprechpersonen einzulassen. Insofern war es sehr beeindruckend, dass während der Vorbereitungssitzungen irgendwann immer mehr Bewohner_innen den Raum füllten, die quasi die gleiche Motivation wie wir hatten!

Welche Erfahrungen habt ihr mit den Nachbar_innen gemacht?

Das war ebenfalls schwierig, obwohl wir rund um die Heime im Vorfeld Flyer verteilt hatten, um auf die NoStress-Tour aufmerksam zu machen. Viele, mit denen wir gesprochen haben, meinten zwar, dass sie vorbeikommen würden, aber das war nur vereinzelt so. Ja, in diesem Bereich gibt es noch viel zu tun in den nächsten Jahren!

Was bleibt für euch und was heißt das für die Zukunft des NoStress-Projekts?

Als Fazit kann man sagen, dass es von hoher symbolischer Bedeutung war, dass wir, die Organisator_innen, Geflüchtete gewesen sind. Denn dies hat eine ganz andere Wahrnehmung produziert, die das Gegenteil dessen darstellt, was sich europäische Initiativen normalerweise unter einem solchen Event vorstellen. Konkreter: Deutlich wurde, dass es möglich ist, eine solche Tour trotz all der Schwierigkeiten zu organisieren, die es für uns als Geflüchtete gab, wie etwa die Instabilität der Gruppe, die Aufenthaltsprobleme der Einzelnen, das fehlende Geld, der schlechte Zugang zu Computern und anderen technischen Mitteln etc. Gleichzeitig hat diese Initiative die Geflüchteten in den Heimen sehr ermutigt, sich zu öffnen. Vor allem in Bielefeld hat die Tour äußerst positive Spuren hinterlassen: Es gibt jetzt dort regelmäßig Treffen von Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen, die sich gegenseitig bekochen oder zusammen Fußball spielen. Um diese Dynamik der NoStress-Tour aufrechtzuerhalten, muss in Zukunft aber noch viel getan werden. Bei uns sagt man in solchen Situationen, die Wiederholung ist der beste Lehrer, lasst uns also in diesem Geist weitermachen!

Die NoStress-Tour wurde von der Robert Bosch Stiftung gefördert. Ein Film über das Projekt wird wahrscheinlich ab März 2017 zu sehen sein.



In der Asylpolitik wird zwischen Geflüchteten mit und ohne Bleibeperspektive unterschieden. Die NoStress-Tour lehnt diese Unterscheidung als zynisch ab. [Foto: Geraud Potago]



Kinder sind von dem Aufenthaltsstress ihrer Eltern besonders hart betroffen. Deshalb gab es bei der NoStress-Tour viele Angebote speziell für Kinder [Foto: Geraud Potago]



Die No-Stress-Tour wollte niedrigschwellige Angebote machen, um mit den Geflüchteten ins Gespräch zu kommen. Fußball hat hierbei eine wichtige Rolle gespielt. [Foto: Geraud Potago]

ÜBER DAS NETZWERK

Afrique-Europe-Interact (AEI) ist ein kleines, transnational organisiertes Netzwerk, das Ende 2009 gegründet wurde. Beteiligt sind Basisaktivist_innen unter anderem in Mali, Burkina Faso, Togo, Guinea, Tunesien, Marokko, Deutschland, Österreich und den Niederlanden – unter ihnen zahlreiche selbstorganisierte Flüchtlinge, Migrant_innen und Abgeschobene. AEI kritisiert die repressive EU-Migrationspolitik, gleichzeitig sollen die strukturellen Hintergründe von Flucht und Migration und somit die Forderung nach gerechter bzw. selbstbestimmter Entwicklung ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt werden. Grundsätzlich ist AEI gleichermaßen in Afrika und Europa aktiv. Wo es passt, arbeiten wir auch gerne in Bündnissen.

WWW.AFRIQUE-EUROPE-INTERACT.NET

TWITTER: @AE_INTERACT

FACEBOOK: AFRIQUE EUROPE INTERACT

MAIL: NOLAGERBREMEN@YAHOO.DE, VGL. ZUDEM WEBSEITE

TELEFON: +49 (0) 151 / 525 27 776

INFOTELEFON WÜSTE

2014 hat Afrique-Europe-Interact (AEI) zu den Mitbegründern des Watch The Med Alarmphone gehört – einer 24-Stunden-Notrufnummer für Geflüchtete in Seenot. Mit Blick auf die intensive Inanspruchnahme des Alarmphone hat innerhalb von AEI mittlerweile eine von malischen Aktivist_innen angestoßene Debatte darüber begonnen, inwiefern es auch möglich wäre, ein entsprechendes Info- oder gar Notruftelefon für die Wüste einzurichten (wo jedes Jahr ebenfalls hunderte, womöglich tausende Menschen ums Leben kommen). Entsprechend hat im September ein erstes größeres Treffen mit 15 Aktivist_innen aus Afrika und Europa in Marokko stattgefunden. Ein weiteres Treffen ist nunmehr für Anfang nächsten Jahres im Niger geplant, an dem Aktivist_innen aus verschiedenen Gruppen und Netzwerken teilnehmen werden, unter anderem aus Mali, Niger, Marokko und Deutschland. Verwiesen sei in diesem Zusammenhang auch auf das Rasthaus von AEI in Rabat, wo 30 Frauen und ihre Kinder bis zu drei Monate kostenlos unterkommen können. Die meisten von ihnen haben gerade die Wüste durchquert.

IMPRESSUM

Herausgeber: Afrique-Europe-Interact

Texte: Olaf Bernau, Hans-Georg Eberl, Dorette Führer

Bilder: Dorette Führer, Aboubacar Gackou, Geraud Potago, Tom Ben Guisnard

Bestellung: Wir schicken auf Anfrage gerne Exemplare dieser Zeitung zu, gerne auch in höherer Auflage. Diese Zeitung liegt taz, jungle-world und analyse & kritik bei

V.i.S.d.P. Volker Mörchen, Hardenbergstr. 52/54, 28201 Bremen

Die Arbeit von Afrique-Europe-Interact wird unter anderem unterstützt von



Umverteilen!
Stiftung für eine solidarische Welt

SPENDEN & SOLIDARITÄT

Afrique-Europe-Interact ist für seine ausschließlich ehrenamtliche Arbeit auf regelmäßige Spenden angewiesen – ob als monatlicher Dauerauftrag oder einmalige Unterstützung! Dabei können Spenden konkreten Projekten zugedacht werden (ggf. bitte angeben) oder 'ungebunden' unsere gesamte Arbeit unterstützen. Praktischer sind für uns ungebundene Spenden, einfach deshalb, weil sie uns mehr Flexibilität geben, auf unerwartete Finanzbedarfe zu reagieren. Konkret sammeln wir derzeit für folgende Aktivitäten Geld: **Erstens** für unsere Aktivitäten im Bereich Landgrabbing in Mali und Burkina Faso – auch für die Arbeit der Basisgewerkschaft COPON (vgl. S. 2); **zweitens** für unsere migrationsbezogenen Aktivitäten gegen den Valletta-Prozess in Afrika und Europa (vgl. S. 3); **drittens** für die Unterstützung der AEI-Vereinslokale in Bamako und Kita; **viertens** für das Rasthaus in Rabat; **fünftens** für das ökologische Künstler_innendorf in Guinea; **sechstens** für das Wüsteninfotelefon (vgl. Infobox) und **siebentens** für unsere Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit in Europa.

Spenden sind steuerlich absetzbar! (bitte Adresse mitteilen)

Unsere Kontoverbindung (alternativ: online per Lastschriftinzug)

Name Globale Gerechtigkeit e.V.

Kontonummer 2 032 237 300

Bank GLS Gemeinschaftsbank

BLZ 430 609 67

IBAN DE67 4306 0967 2032 2373 00

BIC GENODEM1GLS